

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Erscheint wöchentlich dreimal,
Dingstag, Donnerstag und
Sonntags.
Insertions-Gebühren
für den Raum einer Petit-Zeile
6 pf.

Vierteljähriger
Abonnements-Preis:
für Görlitz 12 gr. 6 pf.,
innerhalb des ganzen Preussischen
Staats incl. Porto-Ausschlag
15 gr. 9 pf.

Görlitzer Nachrichten.

Görlitz, Donnerstag den 11. April 1850.

Deutschland.

Berlin, 6. April. Der gestern im Beisein des Königs in Bellevue abgehaltene Ministerrat galt wiederum der deutschen Frage. Positive Beschlüsse scheinen dieser Berathung nicht entsprochen zu sein, doch ist anzunehmen, daß Hr. v. Manteuffel, der Vertheidiger einer kühnen Politik, seinen Collegen wieder mehr Mut eingehaucht und sie wenigstens für ein Vorgehen im Sinne des Herrn von Bodenfwingh empfänglich gemacht hat. Sollte Hr. v. Bodenfwingh eine Mehrheit für seine Politik in Erfurt erreichen, woran wir nicht zweifeln, so wird die Regierung mit dieser Mehrheit gehen! Unter den jetzigen, leider etwas gedrückten Verhältnissen erscheint eine Einmuthigkeit zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der Regierung auf diesem Wege noch das Beste.

Berlin, 7. April. Wir haben uns nicht getäuscht, wenn wir gestern von einer veränderten Constellation am politischen Himmel sprachen. Im Augenblicke scheint man in der That noch einmal abschweifen zu wollen von jener Politik, welche die kühne Meisterrede des Hrn. v. Radowiz in Aussicht stellte. Man will noch einmal abschweifen von dem einzigen Wege, der möglich ist, noch einmal will man die energische Politik — die mit donnerndem Beifall nicht blos in Erfurt, nein, in allen deutschen Gauen begrüßt wurde — der Politik des Temporären zum Opfer bringen. Groß mögen die Schwierigkeiten sein, die sich zur Zeit einem kühnen und raschen Vorwärtsgehen in Erfurt in den Weg stellen, eine Regierung aber, die es über sich genommen hat, der Nation voranzugehen, darf nicht zurückbleiben vor Hindernissen, sie darf nicht zaudern. Nicht jeder Zauderer ist ein Fabius! Die Union ist geschaffen, wenn Preußen den Mut dazu hat. Friedrich der Große hat die Großmacht Preußen nicht erreit im Wege der Unterhandlung, der Vereinbarung, der Verständigung. Es gibt wol Augenblicke, wo dem einen Nachgeben ein zweites folgen muß, und in solchen Augenblicken gibt es nur eine Wahl: Alles aufzugeben oder Alles zu erreichen. Nur der Starke, der Kühne hat Bundesgenossen, auf die er sich verlassen kann. Sind wir nachgiebig auf Kosten unserer selbst wie unserer Bundesfreunde, dann geben wir sie wie uns auf! "Gut verloren, nichts verloren; Mut verloren, halb verloren; Ehre verloren, Alles verloren!" — Man unterhält sich von einer Weisung, die dem Hrn. v. Prokesch von Seiten seiner Regierung in Bezug auf sein künftiges Verhalten gegenüber den diesseitigen Personen und Verhältnissen zugegangen sein soll. Wäre Das, was über den Inhalt dieser Mittheilungen circulirt, begründet, so wäre man allerdings zu der Schlufffolgerung berechtigt, daß die Politik der beiden Cabinets eine mehr harmonische geworden ist. — Die von sachkundigen Militärs schon längst für nötig erachtete ausgedehntere Beteiligung der Landwehr an den periodischen Übungen der Armee scheint jetzt beschlossen zu sein. Wenigstens erfährt man, daß die Landwehravallerie in der Mitte des künftigen Monats zu den Übungen des Heeres zugezogen werden soll. (Polit. Nachr.)

Berlin, 6. April. Das heutige Militair-Wochenblatt enthält den zwischen Preußen und den beiden Großherzögen von Mecklenburg-Schwerin und Strelitz abgeschlossenen Vertrag, betreffend den Anschluß der mecklenburgischen Truppen an die k. preuß. Armee. Nach diesem Vertrage wird es nun auch den Mecklenburgern, welche auf preuß. Universitä-

ten studiren, gestattet sein, daselbst ihrer Militärflicht als einjährige Freiwillige zu genügen.

Berlin, 9. April. Trügt nicht jedes Zeichen, so ist in der That eine Verständigung mit Österreich in der deutschen Frage herbeigeführt, und die Nachgiebigkeit und die moderate Politik der Regierung in Erfurt, die ziemlich grell absticht von der Nede des Hrn. v. Radowiz, ist eine Folge diplomatischer Vereinbarung.

Die zahlreichen Waffenbestellungen, die seit Kurzem Seitens amerikanischer Behörden und Privaten bei preußischen Waffenfabriken, namentlich auch in Solingen, gemacht worden, erregen, wie man erfährt, die Aufmerksamkeit diesseitiger Behörden.

(C. B.)

Der Gesamtausschuß der Berliner Volkspartei war am Sonnabend Nachmittag zu einer allgemeinen Berathung in Bezug einer neuen, den Regeln des Vereinsgesetzes nicht zuwider laufenden Reorganisation der Volksvereine versammelt. Es wurde nach längerer Debatte beschlossen, neue mit dem neuen Vereinsgesetze vereinbare Vereine zu gründen. Der Gesamtausschuß, welcher aus den Vertrauensmännern der 91 Bezirksvereine besteht, erklärte sich hiernächst in seiner bisherigen Organisation für aufgelöst.

Den königl. Beamten ist auf's Neue die Bewahrung des Altengeheimnisses auf's Ernstlichste eingeschärft und ihnen im Uebertrittungs-falle mit sofortiger Entlassung aus dem Staatsdienste gedroht.

(N.-Z.)

Erfurt, 7. April. Der Ausgang der Schluffberathung im Ausschusse des Volkshauses, welcher als ein Zeichen der Ratlosigkeit aufgenommen werden mußte, und nach dem Urtheile gewichtiger Stimmen der Sache des Parlaments mehr geschadet hat, als alle diplomatischen Noten, hat sich im Ausschusse des Staatenhauses nicht wiederholt. Vielmehr sind hier die von dem Referenten der Unterkommission, Herrn v. Patow, eingebrachten Anträge, welche mit denen des Herrn Camphausen im anderen Ausschusse im Wesentlichen identisch sind, mit der sehr bedeutenden Majorität von 19 gegen 5 Stimmen angenommen worden. — Die Sitzung des Ausschusses dauerte gestern von 5 bis gegen 10 Uhr Abends. Zuerst brachte Herr v. Carlowitz im Namen des Verwaltungsrathes noch den Antrag ein, Art. 5. der Additionalate in folgender Weise zu modifizieren: Das der Unionsgewalt zustehende Recht des Krieges und Friedens übt dieselbe unbeschadet der Rechte und Pflichten aus, welche der Union aus dem Bunde vom Jahre 1815 erwachsen. Es darf daher den außer der Union verbleibenden deutschen Staaten gegenüber nicht ausgeübt werden, vielmehr bleiben im Verhältniß zu diesen die den Landfrieden betreffenden Bestimmungen der Bundesgesetzgebung in Kraft. Das Heerwesen der Union wird in einer Weise geordnet, welche sich der kräftigen Gestaltung der deutschen Bundesverhältnisse anschließt. — Der im andern Ausschusse bekanntlich vielbesprochene Antrag fand in dieser Form keinen weiteren Anstoß, und wurde mit 21 Stimmen gegen 1 angenommen. — Man

gelangte hierauf zu dem von Herrn v. Patow formulirten Antrage der Unterkommission: Das Staatenhaus beschließt: 1) die Verfassung und das Wahlgesetz anzunehmen; 2) die Additionalate anzunehmen; 3) die in der Gründungsbotschaft geforderte Ermächtigung im Betreff der Handelsverhältnisse Oldenburgs und der Hansestädte zu ertheilen, jedoch mit Vorbehalt der definitiven

